

Studie zeigt Mangel an einheitlichen Hilfsmitteln für Sozialarbeitende

«Bei der Fremdplatzierung werden sehr persönliche Lösungswege gegangen»

■ Robert Hansen

In der Schweiz fehlen bei der Fremdplatzierung standardisierte Massnahmenplanungen und eine Qualitätsprüfung der Fachleute. Dies zeigt auch eine Studie des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (NFP 52). Deren Leiter Kurt Huwiler hofft auf die Einsicht der Kantone, diese Mängel zu beheben und die Statistik zu erarbeiten.

■ *Ihre Studie untersuchte die Auswirkungen einer Fremdplatzierung auf die Kinder oder Jugendlichen und deren Familien. Reichen 43 teils sehr unterschiedlich gelagerte Fälle überhaupt, um repräsentative Aussagen zu machen?*

Huwiler: Nein. Das war nicht unser Ziel. Es ging uns darum, Mechanismen aufzuzeigen, die bei Platzierungen typischerweise auftreten.

■ *Wie wurden die an der Studie teilnehmenden Familien ausgesucht?*

Huwiler: Wir haben Dutzende von Sozialzentren und Jugendanwaltschaften kontaktiert. Diese sollten uns informieren, wenn eine Erstplatzierung bevorsteht. Wir haben über die platzierenden Personen versucht, die Bewilligung der Eltern einzuholen, mit ihnen Kontakt aufzunehmen. So sind wir an die Adressen herangekommen. Obwohl wir einen riesigen Aufwand betrieben haben, haben wir nicht entfernt die Menge der Stichproben erreicht, die wir uns erhofft hatten. Deshalb

nahmen wir auch Familien auf, die wir erst nach der Platzierung zur Teilnahme gewinnen konnten. Diese berichteten in der Rückschau über die Ereignisse vor der Platzierung.

■ *Welches ist für Sie das wichtigste Resultat der Studie?*

Huwiler: Planung und Durchführung einer Platzierung sind derart anspruchsvoll, dass auch unter guten Voraussetzungen keine Erfolgsgarantie existiert. Wir müssen alles daran setzen, die Voraussetzungen zu schaffen, dass den legitimen Ansprüchen der Familie Rechnung getragen wird. Es gibt keine schnellen Rezepte. Aber es gibt viele Massnahmen, die ein Staat ergreifen kann, um es den betroffenen Menschen zu erleichtern, mit ihrer schwierigen Situation klar zu kommen. Das ist kein überraschendes Resultat. Doch wir können die Vorgänge wesentlich präziser belegen, als es vorher möglich war.

■ *Welches Resultat hat Sie überrascht?*

Huwiler: Die Bedeutung der Partizipation im Prozess ist für mich facettenreicher geworden. Das Recht auf Partizipation – speziell auch der Kinder – ist an verschiedenen Orten festgeschrieben. Durch die Studie wurden die Grenzen sichtbar, wo verfehltes Partizipationsstreben nötiges Handeln verzögert oder verunmöglicht.

■ *Was kann die Studie bewirken?*

Huwiler: Sie soll einen Beitrag leisten zu einer konstruktiven Diskussion, die durch die politischen Vorgänge wie

die Neuordnung des Finanzausgleichs NFA, aber auch durch Skandale bereits losgetreten worden ist. Ich hoffe auf einen Prozess, der die Handlungsmöglichkeiten des Staates optimiert.

■ *Die platzierenden Personen haben eine riesige Verantwortung. Können sie diese auch wahrnehmen, oder resultiert durch den grossen Druck eine Verunsicherung oder sogar eine Art Abgestumpftheit, die Aufgabe ohnehin nicht seriös wahrnehmen zu können?*

Huwiler: Abgestumpftheit haben wir nicht wahrgenommen. Unsicherheit gehört zu dieser Aufgabe. Ich finde es sogar wichtig, dass Unsicherheit im Prozess zugelassen werden kann. Das verhindert vorschnelle Lösungen, die sich nicht bewähren. Wichtig ist aber, dass die Verunsicherung professionell reflektiert werden kann. Mangelnde klare Vorgaben und auch unterschiedliche berufliche Qualifikationen führen jedoch manchmal dazu, dass sehr persönliche Lösungswege gegangen werden. Das kann bedeuten, dass jemand auf Denk- und Handlungsmuster zurückgreift, die sich früher bewährt haben. Es kann auch sein, dass jemand unbewusst persönliche Werthaltungen beispielsweise «der Familie» gegenüber einfließen lässt. Das kann die Professionalität beeinträchtigen.

■ *Die Platzierenden nehmen ihre Arbeit motiviert wahr?*

Huwiler: Absolut. Die Entscheidungen sind derart weit reichend – was die

Auswirkungen auf die Familie und die finanziellen Aufwendungen für die Gesellschaft betrifft –, dass diese Arbeit niemand auf die leichte Schulter nehmen kann.

■ *Wie gehen die Entscheidungsträger damit um, die Verantwortung für die Kinder zu übernehmen?*

Huwiler: Das Wohl des Kindes steht ganz klar im Zentrum. Wenn konsensuale Lösungen möglich sind, werden diese meist auch realisiert. Schwierig wird es dort, wo die Handlungsfreiheit der Eltern eingeschränkt werden muss, um überhaupt handeln zu können. Aber diesen Schritt gegen den expliziten Willen der Eltern durchzuziehen, ist eine äusserst anspruchsvolle Angelegenheit, vor allem dann, wenn Laien-Vormundschaftsbehörden in kleinen Gemeinden alle Beteiligten kennen ...

■ *... und als Laien wohl nicht die gleiche Erfahrung haben wie ausgebildete Sozialarbeitende oder Behörden, die oft mit solchen Fällen zu tun haben.*

Huwiler: Die Frage nach dem Ausbildungsstand ist ganz wichtig. Je nach Kanton und vorgegebenen Strukturen arbeiten in diesem Bereich unterschiedlich ausgebildete Leute mit Qualifikationen aus anderen beruflichen Kontexten. Das erachte ich als Problem. Die Situation bei einer Platzierung ist so komplex, dass eine Ausbildung in diesem Bereich und Erfahrung zu fordern wären.

■ *Welche Art Ausbildung?*

Huwiler: Eine Ausbildung an einer Fachhochschule oder einer höheren Fachschule für soziale Arbeit oder verwandte Lehrgänge. Zudem sollten die Fälle mit erfahrenen Leuten zusammen durchgesprochen werden. Im Idealfall kennen diese Leute mehrere Institutionen aus der Innensicht, denn es gibt riesige Unterschiede in Institutionen, die scheinbar dasselbe anbieten.

■ *Was Sie fordern, stellt den wohl nie realisierbaren Idealfall dar. Sind manche Leute in den Sozialämtern bei dieser Aufgabe nicht schlicht überfordert?*

Huwiler: Es gibt grundsätzlich zwei Situationen, die zu Überforderung führen. Erstens: Man weiss, was die richtige Lösung wäre, aber die richtigen Plätze sind nicht vorhanden. Zweitens: Die Interessen der einzelnen

■ *Aber die Platzierenden können schon so weit abstrahieren, dass ein Fall nicht zu nahe an sie herantritt – im Wissen, ja zum Wohl der Kinder zu handeln?*

Huwiler: Das kann ich nicht beurteilen. So nahe kamen wir nicht an die Empfindungen der Leute heran.

■ *Wie weit sind Ihre Forderungen nach hochqualifizierten Platzierenden schon heute erfüllt?*



«Das wirtschaftliche und politische Denken im Vierjahreszyklus steht in einem Spannungsverhältnis zu den Anforderungen einer nachhaltigen Familien- und Jugendpolitik», sagt Kurt Huwiler.

Fotos: roh

Familienmitglieder widersprechen sich. Aber hier geht es um das Wohl der Kinder. Damit wird es ist extrem schwierig, eine Güterabwägung vorzunehmen, da man weiss, dass jeder Entscheid immer auch Nachteile mit sich bringt. Die Überforderung ist nicht auf mangelndes Engagement, schlechte Information oder Ausbildung zurückzuführen: Vor diesem Dilemma schützt nichts und niemand.

Huwiler: Da gibt es das ganze Spektrum. Die einen sind im Sozialbereich gar nicht qualifiziert. Weiter gibt es Leute direkt ab der Ausbildung. Und es gibt Leute mit sehr viel Erfahrung ...

■ *... trotz dieser Unterschiede, die Erfolge einer Platzierung wurden in der Studie von allen beteiligten Parteien recht einheitlich als gut beurteilt.*

Wirken sich die angesprochene Überforderung oder die fehlenden Instrumente und uneinheitliche Qualifikation der einweisenden Personen gar nicht so sehr auf den Erfolg der Massnahme aus?

Huwiler: Die Kinder und Jugendlichen sind deutlich weniger zufrieden ...

■ *... naturgemäss ...*

... die Einschätzung der Erwachsenen differiert deutlich von derjenigen der Kinder. Über den Erfolg der Platzierung lässt sich nach nur einem Jahr nach der Platzierung mit den subjektiven Einschätzungen der Betroffenen keine objektive Aussage machen.

Manchmal sind Massnahmen längerfristig wirksam, die kurzfristig scheinbar belastend sind. Wir haben nie versucht, den objektiven Erfolg der Massnahmen zu messen, indem wir zum Beispiel die Entwicklungsschritte mit Tests erhoben hätten.

■ *Von 43 an der Studie Teilnehmenden haben 5 abgebrochen. Warum ist die Zahl der Abbrüche so gross?*

Huwiler: Mit 12 Prozent ist die Zahl gar nicht so hoch. Unsicherheit führt zwangsläufig dazu, dass manchmal etwas nicht klappt – was nicht heisst, dass es schlecht sein muss. In der Pädagogik führen Fortschritte oft erst beim zweiten oder dritten Anlauf zum Erfolg. Wichtig ist, dass unser Jugendhilfesystem eine zweite oder dritte Chance gibt.

■ *Warum betrafen die Abbrüche nur Knaben?*

Huwiler: Das ist Zufall, da gibt es keine Systematik.

■ *Sie fordern als Resultat Ihrer Studie genügend stationäre und teilstationäre Plätze in der Schweiz. Wie viele fehlen?*

Huwiler: Keine Ahnung. Ich behaupte, niemand weiss das in der Schweiz. Es ist sehr schwierig, eine aktuelle Aussage zu machen – und noch schwieriger, eine Prognose zu stellen.

■ *Die Studie untersuchte den Einfluss der Partizipation von Eltern und Kindern. Wurden die Eltern bisher zu wenig in die Entscheide mit einbezogen?*

Huwiler: Partizipation ist mir ein wichtiges Anliegen – und wurde in den untersuchten Fällen nicht immer ideal gehandhabt. Das Wichtige dabei ist, dass Partizipation nie ein Hinderungsgrund sein darf, um Entscheide herbeizuführen. Es gibt Situationen, wo Eltern derart beeinträchtigt sind, dass sie nicht mehr handlungsfähig sind.

■ *Was können die Eltern, die die verschiedenen Angebote und deren Erfolgsaussichten ja oft nicht kennen, überhaupt zu einem Entscheid beitragen?*

Huwiler: Ich hege die Erwartung, dass die Profis die Eltern informieren und dort, wo diese sich eine Meinung bilden können, das sinnvollerweise auch tun. Nicht nur entlasten sich die Sozialarbeitenden damit, sondern sie verhindern auch, dass zwischen Eltern und Kindern Konflikte entstehen. Sonst stehen die Chancen einer Platzierung ganz schlecht. Eltern können eine Platzierung verhindern, indem sie das Kind in einen Loyalitätskonflikt stürzen. Es ist aber schwierig, generell gültige Aussagen zu machen. Grundsätzlich sollte man Eltern und Kinder selbstverständlich so weit mit einbeziehen, dass es zu guten Lösungen kommt. Wenn die Eltern von Beginn weg sagen, eine Platzierung komme nicht in Frage, dann ist es sehr schwierig, etwas durchzusetzen – ausser es handle sich um strafrechtliche oder zivilrechtliche Massnahmen.

■ *Geht es mehr darum, den Eltern das Gefühl zu vermitteln, ebenfalls in den Entscheid mit eingebunden zu sein?*

Huwiler: Viele ganz schwierige Fälle haben wir hier nicht erfasst. Die Freiwilligkeit an der Studie führt zu einer Verzerrung der Stichprobe. Das

ist aber meiner Meinung nach nicht zu vermeiden. Ein solches Forschungsprojekt ist nur möglich auf Basis freiwilliger Teilnahme.

■ *Bei der Studie zeigte sich, dass Eltern und Fachleute die Platzierungsgründe unterschiedlich sahen. Bringt der Einbezug so vieler Parteien überhaupt etwas, oder werden dadurch nur immer Kompromisse geschlossen?*

Huwiler: Kompromisse sind nicht einfach schlecht. Vielleicht finden die Eltern, die Ursache für die Platzierung liege primär beim Kind und es brauche mehr schulische Förderung. Der Sozialarbeitende hat eine andere Optik und sieht, dass es an sozialer Integration fehlt. Wenn die Platzierung gut gelingt, wird das Kind vor Konflikten geschützt.

■ *Ein schon vorher zu vermutendes Resultat der Studie ist, dass die Eltern stärker in die Entscheidungsfindung mit einbezogen werden als die Kinder. Sollten denn die Kinder mehr Mitspracherechte erhalten?*

Huwiler: Die Information der Kinder ist immer möglich und ist auch sehr wichtig. Da gibt es nichts, was dagegen spricht. Aber Mitbestimmung von Kindern scheint mir bei diesem Thema heikel, weil sie eine Verantwortung übernehmen müssten, die sie überfordert. Mitbestimmung bei Jugendlichen ist viel eher möglich

■ *Weiterhin ist wenig bekannt über die Entscheidungsfindung, ob ein Kind in ein Heim oder in eine Pflegefamilie kommt. Wer weiss überhaupt, welche Platzierung angemessen ist, oder hängt sie einfach von der Willkür des Einweisenden ab?*

Huwiler: Es gibt in gewissen Fällen relativ klare Kriterien. Wenn ein bestimmter Schultyp oder eine bestimmte Therapie vonnöten ist, dann kann eine Einweisung nur erfolgen, wo diese Angebote vorhanden sind.

Daneben gibt es weichere Kriterien, die eine Richtung vorgeben: Wenn ein Kind noch jung ist, kann die Pflegefamilie eine gute Lösung sein. Wenn ein Kind sich bereits in der Ablösung vom Elternhaus befindet, ist möglicherweise das Heim vorzuziehen. Viele Entscheide hängen aber nicht nur von klar definierbaren Kriterien ab, sondern von der Begegnung zwischen den Menschen.

muss er auch gewährleisten, dass die Qualität stimmt.

■ *Nicht gestimmt hat die Qualität bei der Vermittlung von Jugendlichen nach Spanien. Der Fall hat gezeigt, dass bei Platzierungen zum Teil nicht ausgewiesene Fachleute beteiligt sind. Hat Ihre Studie einen grossen Nachholbedarf bei der Qualifikation der einweisenden Stellen festgestellt?*

■ *Sie möchten also die Vermittlungsstelle ganz weglassen?*

Huwiler: Nein. Es gibt Modelle, die sehr gut funktionieren. Wir kennen gute Vermittlungsstellen, die Pflegefamilien rekrutieren und seit Jahren gute Vermittlungsarbeit leisten. Aber die Firmen sollten Qualitätsstandards erfüllen müssen. Auch die Heime arbeiten mit solchen Vermittlungsstellen zusammen und greifen beispielsweise bei einem Time-out wie die Sozialdienste auf dieses Angebot zurück. Ich halte das für absolut legitim.

■ *Wie wird die Platzierung in anderen europäischen Ländern gehandhabt?*

Huwiler: Weil in Deutschland das Gesetz viele anspruchsvolle Vorgaben macht, mussten die Behörden und damit beauftragte Kompetenzzentren entsprechende Arbeitsinstrumente und Checklisten schaffen. Aber ich vermute, dass sie sich nicht unverändert auch für die Schweiz eignen würden. Mit den Praktiken in Frankreich und Italien bin ich nicht vertraut.

■ *Sie propagieren verbindliche Standards, sowohl bei den platzierenden Stellen als auch bei den Vermittlungsagenturen. Wie wollen Sie das erreichen, wenn entsprechende politische Anliegen nicht einmal nach dem Fall Spanien eine Chance hatten?*

Huwiler: Ich bin der Falsche, um diese Frage zu beantworten. Das wirtschaftliche und politische Denken im Vierjahreszyklus steht in einem Spannungsverhältnis zu den Anforderungen einer nachhaltigen Familien- und Jugendpolitik. Ich hoffe, dass die Kantone ihre Verantwortung noch besser wahrnehmen und erkennen, dass die Qualitätssicherung optimiert werden sollte. Persönlich vertrete ich eine ambivalente Haltung solchen Vorgaben gegenüber. Sie sind wichtig und richtig. Gleichzeitig weiss man, dass die Komplexität der Aufgabe und die Verantwortung nicht wegdelegiert



«Planung und Durchführung einer Platzierung sind derart anspruchsvoll, dass auch unter guten Voraussetzungen keine Erfolgsgarantie existiert.»

■ *Die Studie stellt bezüglich Erfolgs keinen Unterschied fest, ob ein Kind in einer Pflegefamilie oder in einem Heim lebte. Sollten Pflegefamilien mit ihren deutlich günstigeren Strukturen nicht stärker gefördert werden?*

Huwiler: Nicht aus finanziellen Gründen, sondern weil es Kinder gibt, die besser in einer Pflegefamilie platziert werden. Die Finanzen dürfen nicht im Vordergrund stehen. Wenn der Staat Pflegefamilien fördern will – und er soll das meiner Meinung nach tun –,

Huwiler: Der Fall Spanien ist speziell, weil eine Vermittlungsstelle dazwischengeschaltet war. Wir haben die einweisenden Stellen, die Familie, den Einzuweisenden und die Institution oder die Pflegefamilie. Jetzt kommt noch eine Vermittlungsstelle dazu, dadurch werden die Schnittstellenprobleme grösser. Die platzierenden Behörden nehmen sich zurück und delegieren viel an die Vermittlungsstellen. Damit riskiert man, das Case-Management nicht mehr im Griff zu haben.

und damit den beteiligten Personen nicht abgenommen werden können. Automatismen sind gefährlich. Mir ist es lieber, die Leute gehen mit einer gewissen Spontaneität an die Arbeit und sind engagiert, als dass sie sich stur nach Normen richten.

■ *Über jede Kuh wird Buch geführt. In der Schweiz weiss aber niemand, wie viele Kinder in Heimen und bei Pflegefamilien leben. Warum wurde es verpasst, eine gesamtschweizerische Statistik anzufertigen, wo doch die Kosten für die Gesellschaft – oft über 100 000 Franken pro Kind und Jahr bei einer Heimplatzierung – enorm hoch sind?*

Huwiler: Eine solche Statistik wurde x-mal gefordert – und immer wieder ist es an den Kantonen und an der Finanzierung gescheitert. Das ist äusserst bedauerlich. Leider weisen auch die jüngsten Signale aus Bern nicht in eine positive Richtung. Der Bund lehnt es nicht zuletzt wegen der NFA ab, hier in einem Bereich eine Leaderfunktion zu übernehmen, der ja an die Kantone wegdelegiert wurde. Ich rechne deshalb nicht mit einer raschen Vorgabe des Bundes. Erschwerend kommt hinzu, dass die IV und das Bundesamt für Sozialversicherung, die über entsprechendes Zahlenmaterial verfügten, ebenfalls nach der Umsetzung der NFA keine Zahlen mehr liefern werden.

■ *Bei unserem ausgeprägten Föderalismus werden sich die Kantone doch nicht aus eigenem Antrieb zusammenraufen.*

Huwiler: Doch, ich hoffe es. Die von den meisten Kantonen getragene «Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen» (Ivse) erhält noch grösseres Gewicht, und der Bund kann die Kantone zur Zusammenarbeit zwingen, wenn sie es nicht freiwillig tun.

■ *Die Kantone haben derzeit unterschiedliche Hilfsmittel, Ressourcen und*

Gesetze. Sind die Unterschiede signifikant?

Huwiler: Die Unterschiede sind gross. Für eine genaue Beschreibung bedürfte es jedoch einer eigenen Studie.

■ *Aber kleine Kantone und Gemeinden haben schon grösstenbedingt nicht die gleichen Möglichkeiten und Erfahrung.*

Huwiler: Man tut niemandem einen Gefallen, wenn Leute eine Platzierung

Huwiler: Das ist wieder eine Frage des festgelegten Verfahrens. Hilfeplanung ist ja in der Schweiz in keiner Art und Weise geregelt, das Gleiche gilt für die partizipativen Rechte der Kinder und Eltern. Es wäre problemlos möglich, dass eine zweite Person einen Entscheid im Sinne einer fachlichen Rückversicherung gegenzeichnen müsste. Bei einem Konsens kann dies schnell geschehen. Dort, wo es zu



«Hilfeplanung ist in der Schweiz in keiner Art und Weise geregelt, das Gleiche gilt für die partizipativen Rechte der Kinder und Eltern».

vornehmen, die das noch nie zuvor gemacht haben. Es braucht mindestens regionale Sozialdienste, die über genügend Erfahrung verfügen und auch die neusten Entwicklungen permanent mitverfolgen.

■ *Wie soll erreicht werden, dass wie gefordert mindestens zwei Personen an einer Platzierung teilnehmen?*

bedrohlichen Situationen kommt, darf man auch Fachleute nicht ganz alleine lassen. Es braucht professionelle regionale Organisationsformen. ■

Dr. Kurt Huwiler ist Leiter Produkte und Angebotsentwicklung bei der Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime sowie Projektleiter der NFP-Studie «Pflegefamilien- und Heimplatzierungen. Der Prozess der Hilfeplanung und seine Auswirkung auf die betroffenen Kinder, Jugendlichen und Familien».